

Textliche Festsetzungen

1. Immissionsschutz / Gliederung der Gewerbegebiete innerhalb der Gemeinde (§ 1 Abs. 4 BauNVO)

- (1) Zulässig sind Vorhaben (Betriebe und Anlagen), deren Geräusche die zeichnerisch festgesetzten Emissionskontingente EK weder tags (6.00 22.00 Uhr) noch nachts (22.00 6.00 Uhr) überschreiten.
- (2) Schallpegelminderungen, die im konkreten Einzelfall durch Abschirmungen erreicht werden, erhöhte Luftabsorptions- und Bodendämpfungsmaße (frequenz- und entfernungsabhängige Pegelminderungen sowie die meteorologische Korrektur nach DIN ISO 9613-2, Hrsg. Deutsches Institut für Normung, Beuth Verlag Berlin, Oktober 1999) und/oder zeitliche Begrenzungen der Emissionen können bezüglich der maßgebenden Aufpunkte dem Wert des Flächenschallleistungspegels zugerechnet werden.
- (3) Die festgesetzten flächenbezogenen Schall-Leistungspegel sind als „Beurteilungspegel“ i.S. der Sechsten Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 26.8.1998 (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm; GMBI. 1998 Seite 503ff) zu verstehen. Dem gemäß ist bei einem schalltechnischen Nachweis nach dem im Anhang A zu dieser Verwaltungsvorschrift beschriebenen Verfahren vorzugehen.
- (4) Bezüglich der nachfolgend angesprochenen Begriffe und Verfahren wird auf DIN 45691 („Geräuschkontingentierung“, Hrsg. Deutsches Institut für Normung e.V., Beuth Verlag Berlin, Dezember 2006) verwiesen. Eine Umverteilung der flächenbezogenen Schall-Leistungspegel ist zulässig wenn nachgewiesen wird, dass der aus den festgesetzten flächenbezogenen Schall-Leistungspegel resultierende Gesamt-Immissionswert LGI nicht überschritten wird.
- (5) Die Berechnung der aus den festgesetzten Emissionskontingenten resultierende Immissionswerte LI ist gemäß Nr. 7.3.2 der ISO 9613-2 nach dem alternativen Verfahren für eine Mittenfrequenz $f = 500$ Hz und eine mittleren Quellhöhe $h_Q = 4$ m über GOK durchzuführen.

(6) Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Anforderungen des Bebauungsplans, wenn der Beurteilungspegel L_r den Immissionsrichtwert nach TA Lärm um mindestens 15 dB(A) unterschreitet.

(7) Für den zeichnerisch dargestellten Richtungssektor ($40^\circ - 270^\circ$, Bezugskoordinate UTM R32.630.830, H5.787.640) erhöht sich das Emissionskontingent des Plangebiets um 5 dB(A) tags/nachts.

(8) Die Prüfung der planungsrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens erfolgt nach DIN 45691:2001-12, Abschnitt 5, wobei in den Gleichungen (6) und (7) für Immissionsorte j im Richtungssektor k LEK_i durch $LEK_{i,j} + LEK_{j,k}$ zu ersetzen ist.

2. Höhe baulicher Anlagen

Die festgesetzte Höhe baulicher Anlagen darf nur durch untergeordnete bauliche Anlagen oder Technikaufbauten wie Antennen oder Schornsteine überschritten werden.

3. Grünfläche "Gewerbeeingrünung" (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Nr. 25 BauGB)

Innerhalb der Grünflächen mit der Zweckbestimmung "Gewerbeeingrünung" sind Gehölzbestände standortheimischer Arten auf Dauer zu erhalten. Wald i.S. des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung ist als solcher zu erhalten.

4. Anpflanzungen

Innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Fläche für Anpflanzungen sind standortheimische Laubgehölze mit einer Höhe von mindestens 1 m zu pflanzen. Die Pflanzdichte soll mindestens 1 Pflanze je 4 m^2 betragen.

Kennzeichnung

Flächen bei deren Bebauung besondere Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind (§ 9 Abs. 6 BauGB)

Innerhalb des Geltungsbereichs haben in der Vergangenheit Bodenabbau sowie anschließende Verfüllungen stattgefunden. Die Gründung von Bauvorhaben ist daher durch geeignete Untersuchungen festzulegen.

Hinweis

BauBVO1990

Im Geltungsbereich ist die Baunutzungsverordnung von 1990 anzuwenden.